
FDP Friedberg

FRIEDBERGER FDP ZU BESUCH AUF DEM PREISERLENHOF IN BÜDINGEN-RINDERBÜGEN. VORSITZENDER RALF MAURER: „WIR BRAUCHEN EIN BODENSCHUTZGESETZ.“

08.08.2021

Gute Lebensmittel aus der Region müssen auch angemessen bezahlt werden.

Fragen der Planungssicherheit für die Landwirtschaft, angemessene Preise für Lebensmittel und der immer mehr um sich greifende Landverbrauch waren nur drei der intensiv erörterten Themen während eines Besuchs der Friedberger FDP auf dem Preiserlenhof in Büdingen-Rinderbügen. Gastgeberin Andrea Rahn-Farr, selbst FDP-Kreistagsabgeordnete und Stadtverordnete und zudem Vorsitzende des Regionalbauernverbandes Wetterau-Frankfurt, führte die liberalen Gäste über den Hof. Der Milchbauernhof der Familie ist einer der großen Höfe in Hessen. 400 Kühe geben rund 4 Millionen Liter Milch im Jahr, immer wieder schwankende Milchpreise sorgen da schon mal für Sorgenfalten. Landwirtschaft mit Nutztierhaltung ist eine anstrengende Sache und findet jenseits der von grüner Seite gerne beschworenen Landwirtschaftsromantik statt. „Wir sehen uns als Familienunternehmen und tragen ebenso wie andere Betriebe ein erhebliches wirtschaftliches Risiko. Dabei haben wir selbstverständlich immer das Wohl der Tiere im Auge, denn es ist unsere Aufgabe als Landwirte, für ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden zu sorgen und uns um sie zu kümmern. Mit dem Umzug in den neuen Stall haben wir großzügig Platz geschaffen, damit die Kühe ihr art Eigenes Verhalten ausleben können“, so Andrea Rahn-Farr. Sechs festangestellte Mitarbeiter, ein Auszubildender und zwei Aushilfen am Wochenende arbeiten mit den Eheleuten Rahn-Farr eng zusammen. Der Computer ist ebenfalls ein wichtiger „Mitarbeiter“, vor allem bei Verarbeitung der Daten, die durch die Sensoren an den Tieren, im Stall und an den Melkrobotern geliefert werden. Der Anbau von Gras,

Getreide und Mais für das Futter der Tiere erfolgt zum größten Teil auf der eigenen Fläche.

Der Hof bietet qualifizierte Arbeitsplätze in der Region, die Mitarbeiter sorgen dabei gleichzeitig auch für Kontinuität und bringen ihr Fachwissen mit ein. Auf Saisonarbeiter kann man daher auf dem Preiserlenhof verzichten. „Wichtig für unsere Art des Wirtschaftens ist: man muss eine gewisse Affinität zur Technik mitbringen und lernbereit sein, so Andrea Rahn-Farr.

Für viele Kollegen – gerade im Bereich der Nutztierhaltung mit Schweinen, Rindern und Hühnern - ist die aktuelle Politik kaum nachvollziehbar. „Wichtig wäre den Landwirten mittel- und langfristige Planungssicherheit. Hier versagt die Politik regelmäßig, vor allem die „Großen Koalitionen“ haben sich hier nicht mit Ruhm bekleckert. Wenn ich im Jahr 2019 einen Stall nach aktuellsten Baurichtlinien gebaut habe, dann kann es nicht sein, dass man für teures Geld schon kurze Zeit später nachrüsten muss. Es geht um erhebliche Investitionen, die erst einmal wieder verdient werden müssen. Das scheint man in der Bundesregierung und auch bei der derzeitigen Landesregierung nicht verinnerlicht zu haben“, meint Andrea Rahn-Farr.



Achim Güssgen-Ackva stellte fest: „Es fehlt an einem ausreichenden Gespür für die Belange der Landwirtschaft. Das liegt sicher auch daran, dass es kaum noch einen Bezug dazu gibt. In der Stadt kann man das ja gerade noch verstehen. Aber auf dem Land wird die Lage auch schwieriger. Es gibt Dörfer, in denen es keinen Haupterwerbsbauernhof mehr gibt.“ Es sei auch festzustellen, dass es im grün-roten Spektrum kein Gespür für die

Belange der Landwirte gebe. „Da herrscht eher eine Bauernromantik vor, die es aber nicht gibt und außerdem nie gegeben hat. Landwirtschaft war und ist harte Arbeit. Wer gute und auch regionale Lebensmittel konsumieren will, der muss auch wissen, dass alles seinen Preis hat.“ Es müsse eine Margengerechtigkeit in der Produktions- und Verkaufskette geben. Dem stehe allerdings die hohe Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel entgegen. Es könne nicht sein, dass die Landwirte immer als Letzte kommen. „Wir brauchen einen Mittelweg zwischen günstigen Produkten und fairem Verdienst“, so Güssgen-Ackva.

Das Thema Landverbrauch ist für die Landwirte auch in der Wetterau ein Dauerthema. Auch daran kann man sehen, dass es keine Sensibilität für die Belange der Landwirtschaft gibt. Die Böden der Wetterau sind besonders ertragreich. Gleichzeitig wird mit der wertvollen und knappen Ressource Land nicht sorgsam umgegangen, Baugebiete und Logistikzentren fressen besten Boden. „Den Landwirten wird immer mehr Nutzfläche entzogen. Auch die Blühstreifen entlang der Äcker, die von den Bauern sehr gerne angelegt werden, gehen zu Lasten der Nutzfläche, das darf nicht übersehen werden“, so Achim Güssgen-Ackva. Die Kommunalpolitik mache es sich zu einfach, wenn sie ständig Baugebiete ausweise, die landwirtschaftlich genutzte Flächen wegnehmen. „Es muss um die Verdichtung im Innern gehen und um die Neu- und Umnutzung bestehender Flächen.“ Selbst für Photovoltaikanlagen würden inzwischen landwirtschaftliche Flächen genutzt. Hier sollten zunächst Nutzgebäude, Parkplätze etc. herangezogen werden.

Friedbergs neuer FDP-Vorsitzender Ralf Maurer spricht sich daher für ein Bodenschutzgesetz aus. „Wir brauchen ein solches Gesetz, um das wertvolle und endliche Gut Boden bewahren zu können. Wir schützen den Wald, die Luft, die Gewässer, die Bienen. Wir schützen aber nicht ausdrücklich den Boden.“ Mit einem Bodenschutzgesetz gäbe es eine offene und ehrliche Debatte. Es käme zu abgewogenen Entscheidungen und es würde im Zweifelsfall nicht immer zu Lasten des Bodens, z. B. des Ackerlandes, entschieden.“



Das entspricht auch den Vorstellungen der Landwirte. „Regelungen sollten auf sachlicher Basis erfolgen, nicht immer wieder aus ideologischen Gründen,“ so Andrea Rahn-Farr.

Auf eine der Absurditäten des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) wies Wolfgang Patzak, Fraktionsvorsitzender in Büdingen und ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter hin. Der Preiserlenhof hat eine angeschlossene Biogasanlage, deren Strom ins Netz

eingespeist wird. Eine PV-Anlage auf dem Stalldach produziert hingegen Eigenstrom „Es ist allerdings ein Unding, dass die EEG-Umlage auch auf selbst produzierten und selbst verbrauchten Strom erhoben wird. Hier wird etwas im Sinn der Umwelt getan und dennoch werden Landwirte und auch Gewerbetreibende, die solche Anlagen betreiben, zur Kasse gebeten. „Das ergibt keinen Sinn und ist nicht in Ordnung, auch hier muss ein Umdenken stattfinden und eine vernünftige Lösung her!“

Fazit des Besuches: Die FDP setzt sich ein für die Belange der Landwirte, „das hat bei den Liberalen eine sehr lange Tradition, die wir auf lokaler Eben immer wieder aufgreifen und fortsetzen“, so Ralf Maurer abschließend.